

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

7.5.1924 (No. 107)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gabel frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche weiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Beantwortung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis

Der Reichswahlleiter gibt nunmehr folgendes vorläufige amtliche Wahlergebnis bekannt, das nach den letzten Meldungen ergänzt ist. Es haben erhalten:

Partei-Bezeichnung	Stimmzahl	Mandate	1920:	
			Stimmzahl	Mandate
R. S. P. D.	5 973 770	100	10,5 Mill.	193
20 durch Berechnung in Verband u. auf Reichswahlvoorschlag				
Zentrum	3 899 022	65 (52+13)	3,5	68
Deut. Volkspartei	2 642 843	44 (30+14)	3,6	63
Deutschnationale	5 755 609	96 (80+16)	3,3	66
Demokr. Partei	1 657 451	28 (9+19)	2,2	45
Bayer. Volkspartei	941 382	16 (14+2)	1,2	21
Kommunistische P.	3 712 001	62 (42+20)	0,44	2
Bay. Vbd. u. B. P.	683 093	10 (3+7)	0,22 s. 200. 4 (3. 206b)	
Deut. Hannoverscher	318 451	5 (4+1)	0,32	5
U. S. P. D.	42 172	0	(4,9)	(81)
Bund der Geusen	58 880	0		
Christl. U. S. S. G.	124 800	0		
D. Arbeiterpartei	36 130	0		
Deutschnationale	338 356	4 (0+4)		
Freiwirtschaftl. Bund	36 122	0		
Hausierbund	23 828	0		
Landliste	568 288	9 (7+2)		
Nation. Freiw. P.	59 788	0		
Nation. Minberp.	133 628	0		
Partei d. Wiener	46 975	0		
Republik. P. D.	45 775	0		
Sozial. Bund	25 607	0		
Bayer. Mittelst. P.	5 681	0		
Holländischer Bloß	9 439	0		
Parteil. Christl. Gr.	1 847	0		
Deutschnat. Freiw. P.	1 917 578	32 (13+19)		
zusammen	471			

Nach den neuesten amtlichen Mitteilungen ist der prozentuale Anteil der größeren Parteien in der Gesamtstimmzahl folgender: Sozialdemokratie gut 21 Proz. (also um gut 1 Proz. höher, als man gestern ansetzen mußte), Deutschnationale nicht ganz 20 Proz., Zentrum 13,8 Proz. (also um 0,8 Proz. höher, als auf Grund der gestrigen Meldungen berechnet), Kommunisten 18 Proz., Deutsche Volkspartei etwas über 9 Proz., Völkische 7 Proz., Deutschdemokraten 6 Proz. (also auch um 1/2 Proz. höher, als gestern angenommen) und Bayerische Volkspartei 3 1/2 Proz.

Der Zusammentritt des Reichstags

In einer Besprechung des Reichskabinetts teilte am Dienstag der Reichsminister des Innern mit, daß die amtlichen Wahlergebnisse nicht vor dem 18. d. M. zu erwarten sind. Das Reichskabinett bleibt auf jedem Fall bis zum Zusammentritt des neu gewählten Reichstags im Amte. Man nimmt an, daß der Reichstag am 22. oder 23. Mai zusammentreten wird.

Gergt zur Politik der Deutschnationalen

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Lokal-Anzeigers“ drückte der deutschnationale Führer Gergt die Bereitwilligkeit der Partei aus, die Reichsregierung zu bilden. Die deutschnationale Partei würde als Regierungspartei eine Außenpolitik treiben, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes unbedingt Rechnung trägt, aber andererseits geeignet ist, eine befriedigende Lösung der gesamten deutschen Fragen auf dem Wege beschleunigter Verhandlung herbeizuführen. Dem Gutachten und der Aufforderung zu Verhandlungen sehen die Deutschnationalen nicht von vornherein ein rundes „Unannehmbar“ entgegen, wohl aber Vorbehalte, die ganz unverzichtbar seien. Sie würden dem deutschen Volke niemals große wirtschaftliche Lasten zumuten, bevor die Ehrenpunkte befriedigend gelöst seien.

Wer wird die stärkste Fraktion?

Die Frage, wer die stärkste Fraktion des neuen Reichstages sein wird, ist durchaus noch nicht zugunsten der Sozialdemokraten entschieden. Nach der letzten Zählung haben die Sozialdemokraten zwar 100 Mandate, während die Deutschnationalen nur 96 Sitze zählen, aber ganz abgesehen davon, daß auch diese heute vorgenommene Überprüfung der Wahlergebnisse noch keine endgültige ist, hängt die endgültige Entscheidung über die Stärke der Fraktionen von eventuellen Verschiebungen von im Wahlkampf getrennt marschierenden Parteigruppen ab. Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß der

Landbund, der über 9 Mandate verfügen wird, sich mit den Deutschnationalen vereinigt. Damit würde die Deutschnationale Fraktion mit etwa 105 Mandaten die stärkste Fraktion des Reichstags sein.

Weitere Wahlergebnisse

Wahlkreis Franken. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.) Im Wahlkreis Franken wurden abgegeben: 1 106 371 gültige Stimmen, WSPD. 257 155, Deutschnat. 165 753, Wirtschaftsbund 1484, NSP. 6066, Zentrum 16 432, Hausierbund 395, Deutsche Volkspartei 5744, Bayerische Volkspartei 291 045, Bayerischer Mittelstandsbund 23 741, Republikaner 1391, Völkische 229 410, Kommunisten 67 966, Deutscher Bloß 39 789.

Wahlkreis Berlin. (Vorläufiges amtliches Resultat: S. 238 361, N. 225 194, U. 33 559, SB. 7323, D. 93 353, P. 44 161, DB. 77 251, M. 5282, NP. 6733, Dn. 235 151, U. 40 064, DS. 95 218, Wirtschaftsp. 41 388, P. 4589, NP. 8116, Nat. Freiwirtschaft. 2330. Durch Listenverbindung mit dem Wahlkreis Potsdam II haben die Demokraten ein zweites Mandat erlangt. Gewählt ist mitlin Fraulein Lübers.

Wahlkreis Potsdam I. Endergebnis: DD 43 736, P 18 484, DS 68 267, M 8290, S 178 872, U 1732, N 130 691, Dn 288 267, P 68 267, DS 23 848, NP 2554, NP 3162.

Wahlkreis Magdeburg. Vorläufiges Endergebnis: DD 95 780, Dn 116 071, P 14 706, S 148 878, N 74 115, SB 8054, Dn 203 612, P 39 770, DS 12 076, Hausierb. 23 937, NP 2312.

Wahlkreis Merseburg. Vorläufiges Endergebnis: DD 61 082, P 15 927, DS 128 010, S 283 635, N 87 835, Dn 208 733, U 43 624, DS 13 773, Hausierb. 30 555, NP 2454.

Gewählte Abgeordnete

Als sicher gewählt sind anzusehen: Sozialdemokraten: Eduard Bernstein, Jubeil, Wels, Gifford, Dr. Paul Levi, Dr. David, Ministerpräsident Ulrich, Silberstein, Dittmann, Dörmann, Hochmann, Scheidemann, Ged. Mannheim, Schöppin-Karlsruhe, Sellmann, Robert Schmidt, Wiesel, Ministerpräsident Otto Braun, Lucie-Rindgen, Gestandter Hildebrandt-Stuttgart, Reichsminister a. D. Gustav Bauer.

Vom Zentrum: Reichsminister a. D. Dr. Birtz, Reichsminister a. D. Fehrenbach, Dieg-Baden, Reichsminister Dr. Marx, Dr. Spahn, Ludwig Damschke, Christine Feuch, Joos-Glabach, Hoffmann-Budingshausen, Sparrer Ultha, Dr. Fleischer, Reichsminister a. D. Dr. Well, Dr. Mesbert, Glöckner, Prälat Kaas, Tremmel-Schaffenburg, Justizminister Wolf-Stuttgart, Andre-Stuttgart, Adam Höder-Karlsruhe, Hoffmann-Ludwigsbafen.

Von den Demokraten: Bergsträßer, Graf Bernstorff, Brod-auf, Dernburg, Dietrich, Dr. Gerland, Dr. Göß, Dr. Koch, Kopp, Kroll, Dr. Klitz, Frau Dr. Lüders, Freiberger v. Nichte-hofen, Schiffer, Dr. Schilling, v. Siemens, Wieland und Ziegler. Auf der Reichsliste sind gewählt die Wdg. Frau Dr. Bäumer-De-Wölsche, Dr. Fischer, Dr. Gehler, Haas, Reinalth, Schneider und Schmidt.

Von der Deutschen Volkspartei: Dr. Stresemann, Reichsjustizminister Dr. Heine, Dr. Kahl, Clara Wende, Minister a. D. Dr. Scholz, Becker-Hessen, Kalle-Wiesloch, Staatssekretär Klempe, Dr. Woldenbauer, Oberbürgermeister Dr. Wolf, Wunderlich, Wikes, Dr. Curtius.

Von der Deutschnationalen Volkspartei: Gergt, Graf Westphal, Hüch Otto von Bismarck, Beitzler, Wallraf, Dehan-Kraun, Graf Eulenburg, Großadmiral v. Tirpitz, Dr. v. Deyander, Wazille-Stuttgart.

Von den Deutschnat. Völkischen: Ludendorff, Oberamtmann Fried, von Graefe.

Von den Kommunisten: Ruth Fischer, Clara Zetkin, Frölich, Memme-Stuttgart, Höllein, Stöcker.

Von der Bayerischen Volkspartei: Reichsjustizminister Em-minger, Domkapitular Leicht.

Vom Bayerischen Bauernbund: Professor Febr.

An neuen Abgeordneten bringen die Deutschnationalen den jungen Fürsten Bismarck, den Admiral v. Tirpitz, den früheren Groß-Berliner Verbandsdirektor Dr. Steiniger und den aus seinem Auftreten im Preussischen Staatsrat bekannten Bres-lauer Professor Freiherrn v. Freytag-Loringhoven in den Reichstag, dazu einige andere, die bisher dem Preussischen Landtag angehört, den Staatssekretär a. D. Wallraf und die Abgeordneten Schanze-Schönningen und Dr. Deyander. Auf der deutschnationalen Reichswahlliste sind gewählt die bisherigen Abgeordneten Frau Behm, Lembach, Dietrich, Frau Müller-Dietrich und Hartmann. Neue Mitglieder sind der Sohn des gezeigten Zentrumsführers Spahn, Prof. Dr. Martin Spahn, ferner Prof. Dr. Werner, der Stuttgarter Schriftsteller Roth und endlich die beiden von der Nationalliberalen Vereinigung übernommenen Kandidaten Fabrikant Künne und Ge-heimrat Quaas.

Bei der Deutschen Volkspartei sind die Herren v. Kardorff und v. Naumer in ihren Wahlkreisen unterlegen. Da jedoch Dr. Stresemann, der von Herrn v. Kardorff in Potsdam II gewählt ist, das Mandat auf der Reichsliste annimmt, so wird Herr v. Kardorff wieder in den Reichstag gelangen. Auch Prof. Dr. Kahl wird das Mandat auf der Reichsliste annehmen, so daß Herr v. Naumer im Wahlkreis Berlin nachrücken kann. Der völkische Abgeordnete Hopp, der Vorwähler des Reichslandbundes, ist sowohl in Koblenz-Trier, wie in Oes-sen-Kassau gewählt. Er wird das Mandat in Koblenz-Trier annehmen, so daß in Oes-sen-Kassau dem bisherigen Abgeordneten Seibert ein Mandat zufällt. Auch der Abgeordnete Beythien ist doppelt gewählt, und zwar in Thüringen und in Hannover-Ost; er wird das hannoversche Mandat annehmen, so daß in Thüringen das zweite Mandat der Deutschen Volkspartei auf Frau Magnus v. Hansen übergeht.

Von den Demokraten sind neu Prof. Bergsträßer, Geuf, Prof. Gerland, Sparrer.

Stimmen des Auslandes

NEW YORK, 7. Mai. Wie die „New York Times“ er-fährt, sind die New Yorker Bankierkreise erfreut über die Nach-richt, daß die deutschen Koalitionsparteien über eine genü-gende Stimmzahl verfügen, um die Annahme des Dames-berichts durch Deutschland sicher zu stellen. Diese Tatsache in Verbindung mit der bevorstehenden Rückkehr Pierpont Morgans nach Amerika lenkt das Interesse von neuem auf die Ausgabe der deutschen Anleihen, von denen in den Ver-einigten Staaten, wie man erwartet, 100 Millionen Dollars gezeichnet werden sollen.

LONDON, 6. Mai. Die „Westminster Gazette“ be-zeichnet die deutschen Wahlen als ein entscheidendes Faktum in der künftigen Politik Deutschlands. Es sei als unermesslich angesehen worden, daß die Politik im Ruhrgebiet eine Reak-tion hervorgerufen werde, die den Parteien zugute komme, die gegen feindliche Kompromisse sind. Diese Bewegung sei nicht so weit gegangen, wie erwartet worden sei. Die Mehrzahl der Mitglieder des neuen Reichstags sei für die Annahme des Sachverständigenberichts. Von der Haltung der Deutschnatio-nalen hänge die gesamte Lage der Verhandlungen ab. Die deutschnationale Partei habe die Macht, die Tür, die sich eben öffne, nicht zuzuschlagen. Sie könne die Lage retten, wenn sie wolle, und es sei zu hoffen, daß sie in einer Lage, die voller wirklicher Gefahren sei, staatsmännische Begabung an den Tag legen werde.

„Daily Chronicle“ schreibt, die Antwort auf die wichtigste Frage, ob Deutschland für die Annahme des Damesberichts eintreten werde, bleibe für den Augenblick zweifelhaft. Es sei keineswegs sicher, daß die Konservativen ihn ablehnen wür-den. Aber wenn von ihrer Seite nicht bald ein Anzeichen in dieser Richtung komme, so werde wahrscheinlich eine aus-gesprochen ungünstige Rückwirkung auf die Abstimmung bei den am nächsten Sonntag stattfindenden französischen Wahlen ausgeübt werden.

„Daily News“ schreibt: Die Ergebnisse der deutschen Wahlen lassen es als ziemlich sicher erscheinen, daß der neue Reichstag eine Mehrheit zugunsten der Annahme des Sach-verständigenberichts aufweisen wird; man darf aber im Zweifel sein, ob die notwendige Mehrheit für verfassungs-mäßige Änderungen vorhanden sein wird. Solange Deutsch-land nicht ein wirklich souveräner Staat sei, werde die Len-denz seines politischen Lebens immer von der Haltung seiner einflussigen Feinde entschieden werden. Es würde eine tragische Ironie sein, wenn jetzt, wo die alliierte Politik eine berufungs-fähige Schwendung mache, Deutschland diese aussichtsreiche Ent-wicklung durch den unverünftigen Ausdruck nationaler Egoismus aufhalte.

AMSTERDAM, 6. Mai. „Allgemein Handelsblad“ schreibt: Das Ergebnis der Reichstagswahlen der Deutsch-völkischen bleibe weit hinter ihren Erwartungen zurück. Lei-der sei die beträchtliche Mehrheit der Koalitionsparteien, über die diese bisher verfügten, geschwächt. „Telegraph“ schreibt, die internationale Lage bilde ein Koalitionsbindemittel zwi-schen den übrigen Parteien des Reichstages. Das Separati-onsprogramm und die Sachverständigenberichte würden die Parteien zwingen, sich für den Kern zusammenzuschließen.

ZÜRICH, 6. Mai. Der „Neuen Zürcher Zeitung“ scheint eine Rechtsregierung unahwendbar. Die Deutschnationalen wür-den also, was ihnen sicher unangenehm ist, zu den aktuellen Fragen der auswärtigen Politik klar Stellung nehmen müs-sen. Erklärten sie sich zu Verhandlungen auf der Grund-lage des Expertenberichts bereit, so sei eine Rechtsregierung möglich, die sich auf Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei, Zentrum und den Bayerischen Bau-ernbund stütze.

Die „Nationalzeitung“ sieht in der Wahl das einzig er-freuliche Ergebnis, daß die Völkischen und Ludendorff keines-wegs eine Partei geworden sind. Sie schreibt: „Es hätte noch schlimmer sein können; mehr als die Hälfte des deut-schen Volkes hat trotz Leiden und Verbekungen für die Re-publik und den Frieden gestimmt. Nun hat Frankreich das Wort.“

Hannover und Preußen

In einer Versammlung vor Vertretern der Provinz Han-nover, zu der der Oberpräsident Noske eingeladen hatte, ver-las der preussische Ministerpräsident Braun eine Erklärung, in der er u. a. ausführte, daß Hannover seit einem halben Jahrhundert mit dem preussischen Staat verbunden sei, an dem Segen des Aufstiegs des Deutschen Reiches zu wirtschaft-licher und politischer Höchstgestaltung im reichlichsten Maße teilgenommen habe. Im Osten, Westen, und Süden des preu-sischen Staates werde nirgends ein ernsthaftes Verlangen der staatlichen Selbständigkeit laut. Gerade die Rheinlande betonten, daß sie es als Kreuzpflicht betrachten, auf die staat-liche Neubildung zu verzichten, solange ein fremder Soldat auf deutschem Boden stehe. Nur in Hannover fordere die Deutsch-Hannoversche Partei eine Abstimmung darüber, ob die fünf Regierungsbezirke ein selbständiges Land bilden sol-len, und begründen die Forderung mit harten Beschuldigun-gen gegen Preußen. Dadurch treibe sie die Geschäfte Frank-reichs. In der ganzen deutschen Geschichte sei die deutsche Uneinigkeit und Kleinstaaterei der stärkste Hemmschuh des wirtschaftlichen Aufstiegs der deutschen Völker gewesen.

Frankreich vor den Wahlen

Am 11. Mai wird das französische Volk die neue Zusammensetzung seines Parlaments zu bestimmen haben. Fast mehr noch als Deutschland kommt dieser Entscheidung eine über die Grenzen des eigenen Landes weit hinausgehende internationale Bedeutung zu. Denn angesichts der politischen Vorkämpfstellung, die Frankreich seit dem Kriege besitzt, angesichts des Übergewichts, das es dadurch im Rate der Völker an sich zu erheben vermocht hat, würde ein neuer Sieg der französischen Reaktion die Konsolidierung eines Zustandes bedeuten, der sich seit fünf Jahren als das Haupthindernis auf allen Wegen zu einer friedlichen Regelung der großen europäischen Streitfragen und damit zur Wiederherstellung eines wirklichen und dauernden Friedens in der Welt erwiesen hat.

Der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu: „Ist der französische Wähler sich dieser Tragweite der Entscheidung, zu der er berufen ist, bewusst und ist er bereit, ihre Rechnung zu tragen? Man wird, um diese Frage beantworten zu können, sich zunächst über eine andere klar werden müssen: entsprach die Kammer, die soeben, nach vier Jahren einer für Frankreich wie für Europa gleich verhängnisvollen Existenz, ihre wenig schöne Seele ausgehaucht hat, in ihrer Zusammensetzung, ihrer Politik und deren Ergebnissen wirklich dem Mandat, das sie im November 1919 von ihren Wählern erhalten hatte?“

Diese Kammer des nationalen Blodes die der aus den Wunden eines vierjährigen Krieges blutenden Welt die Ruhe und den Frieden vorenthalten hat, war sie wirklich Ausdruck und Spiegelbild des politischen Willens des französischen Volkes oder auch nur seiner Weicheit? Man kann solche Fragen nicht mit einem glatten Ja oder Nein beantworten. Sicher ist eines: diese Kammer war nicht nur das Produkt eines ungeheuerlichen Wahlbetrugs, wie selbst die Geschichte des französischen Parlamentarismus keinen zweiten aufzuweisen hat, sondern sie war zu gleicher Zeit ein mißglücktes Experiment. Betrug insofern, als die Drahtzieher des nationalen Blodes, in dem sich nationale Rechte, Aleriale und gemäßigete Mitte einträchtig zusammengefunden hatten, den Wahlkampf unter der falschen Flagge des innerpolitischen Bürgerfriedens geführt und das im Volke lebendige Sehnen, mit der Vergangenheit gründlich aufzuräumen und durch Erneuerung der politischen Institutionen einer besseren Zukunft den Weg zu bereiten, für ihre damals noch dunklen Ziele einzufangen verstanden hatten.

Alles in allem, diese Kammer war keineswegs von Anfang an das, was sie in den letzten Jahren geworden ist. Sie hat der auf einen vernünftigen Ausgleich mit Deutschland abzielenden Politik eines Briand ebenso treue Gefolgschaft geleistet, wie später den brutalen Gewaltmethoden eines Poincaré. Die Größe der gestellten Aufgaben, die eigene Unfähigkeit, Unsicherheit und vielleicht auch Unfähigkeit bedurften des starken Führers, hinter den man die eigene Ohnmacht verbergen zu können glaubte. In dessen Hand aber mußte ein Parlament vor der Zusammensetzung und Schwäche dieser Kammer zu einem willenlosen Werkzeug werden. In Poincaré hat es diesen Meister gefunden.

Der Nationale Blod hatte seinen überraschenden Sieg vom Jahre 1919 zu einem erheblichen Teil den Ungeheuerlichkeiten des damals neuen Wahlsystems zu verdanken, die er, beweglicher in der Tat als von Grundheraus weniger beengt als seine Gegner, geschickt auszunutzen verstanden hat. Dieses Wahlsystem, mit dem Clemenceau die ihm unbenutzte Linke überrollt hat, und nach dem auch diesmal wieder gewählt wird, ist ein Monstrum, ein Wechselbalg von Proporz und Mehrheitsprinzip, ein wahres Sammelsurium von Inkonsequenz und Ungerechtigkeit. Bis zum Jahre 1919 wurde die französische Kammer auf Grund des Mehrheitsprinzips in den Arrondissements, den kleinen Verwaltungsbezirken, gewählt. Jeder der 600 Wahlkreise hatte einen Abgeordneten zu wählen. Das Wahlsystem vom Jahre 1919 führte die „bestimmte“ Verhältniswahl mit einem System besonderer „Prämien“ für die absolute und die relative Mehrheit ein. Wahlkreise wurden mit wenigen Ausnahmen — Paris, Marseille, Nantes — die Departements; die Zahl der in ihnen zu wählenden Abgeordneten ist auf Grund der Bevölkerungsziffer durch Gesetz festgelegt; sie schwankt zwischen 3 und 14. Gewählt wird nach unstarren Listen, d. h. der Wähler kann Kandidaten der einen Liste streichen, um sie durch Kandidaten der anderen Listen seines Wahlkreises zu ersetzen. Erhält eine Liste die absolute Mehrheit, so fallen ihr ohne weiteres die sämtlichen Mandate des Kreises zu; die Minderheit geht leer aus. Die Liste mit der relativen Mehrheit aber, d. h. diejenige, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen vermocht hat, erhält die Reststimmen aller übrigen Listen zugesprochen. Ein Zahlenbeispiel mag dies veranschaulichen:

In einem Departement, das acht Abgeordnete zu wählen hat, erhält von 120 000 abgegebenen Stimmen

die Liste A	59 000 Stimmen
die Liste B	28 000 Stimmen
die Liste C	20 000 Stimmen
die Liste D	13 000 Stimmen

Der Quotient beträgt 15 000 und es erhalten danach die Liste A zunächst drei Mandate, die Liste B und C je ein Mandat, die Liste D keines. Die drei übrig gebliebenen Mandate aber fallen automatisch der Liste A, als der Liste mit der stärksten Stimmenzahl, zu. Diese erhält sechs Sitze, während die drei anderen Listen zusammen sich trotz höherer Stimmenzahl mit nur zwei begnügen müssen. Die Vergewaltigung der Minderheiten ist bei dieser Art von „Verhältniswahl“ also weit schlimmer als bei der Wahl nach reinem Mehrheitsprinzip.

Dieses Wahlsystem zwingt die Koalitionen. Der Nationale Blod hatte dies 1919 rechtzeitig erkannt. Rechte, Aleriale und gemäßigete Republikaner hatten in fast allen Wahlkreisen gemeinsame Einheitslisten aufgestellt, die Parteien der Linken aber waren getrennt marschiert und durch das Spiel der „Prämien“ für die absolute und relative Mehrheit geschlagen worden. Die Sozialisten hatten aus Angst, durch Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien der Agitation der Kommunisten eine gefährliche Waffe in der Hand zu geben, ein Kartell mit den demokratischen Gruppen abgelehnt, für das im übrigen auch bei diesen aus der Besorgnis heraus, ihre nationale Bestimmung angezweifelt zu sehen, nicht allzuviel Enthusiasmus vorhanden war. Die schwere Niederlage des Jahres 1919 hat beide eines Besseren belehrt. Sozialismus und bürgerliche Linke (Radikale, Radikal-Soziale und Republikanische Sozialisten) marschieren diesmal im „Kartell der Linken“ vereint, zusammen. Sie haben mit Ausnahme weniger Wahlkreise, wo persönlicher Haß oder intransigentem Doktrinarismus die Einigung scheitern ließen, überall gemeinsame Listen aufgestellt und so dem nationalen Blod das Monopol auf die Mehrheitsprämien genommen.

Belgien und die Frage der Pfänder. Dem Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ zufolge, bedeutet nach der Ansicht belgischer Minister die Annahme des Sachverständigenberichts, daß die Alliierten darüber einig seien, an Stelle der verfallenen Pfänder allgemeine zu sehen. Es handelt sich nur noch darum, über die Art und Weise der Ausführung, wie über die Vorsichtsmaßnahmen sich zu einigen.

Der deutsch-russische Zwischenfall

Russische „Sanktionen“

Die russische Handelsvertretung in Berlin teilt mit, daß sowohl die Zentrale der Handelsvertretung in Berlin, als auch ihre Zweigniederlassungen in Hamburg und Leipzig auf Grund einer Verordnung des Volksrates der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in Deutschland geschlossen worden sind. Die für Königsberg i. Pr. vorgesehene Zweigniederlassung der Handelsvertretung wird nicht ins Leben gerufen werden. Alle schwebenden Verhandlungen der Handelsvertretung mit deutschen Firmen sind abgebrochen worden. Es werden keine neuen Geschäfte verhandelt oder abgeschlossen; die Handelsvertretung ist ausschließlich mit der Abwicklung und Liquidation der früher abgeschlossenen Geschäfte beschäftigt. Wie die Handelsvertretung weiter mitteilt, hat sie auch von der Kaufmannschaft und der Vorkaufmannschaft, die Mitte dieses und Anfang nächsten Monats in Leipzig stattfinden sollten, Abstand genommen. Sie hat schließlich auch die Teilnahme an der Kölner Messe aufgegeben.

In seiner Antwort auf die Note des russischen Volksrates in Berlin weist Reichsaussenminister Stresemann darauf hin, daß er der russischen Note keine konkreten und tatsächlichen Umstände zu entnehmen vermöge, welche die Aussagen der beiden Kriminalbeamten über die Art und Weise, wie sie in das Gebäude der Handelsvertretung gelangt sind, als ungläubwürdig erscheinen lassen könnten. Der Minister gibt seinem Bestreben über die zur Mißhandlung in der russischen Note gemachten Anspielungen Ausdruck und weist die Unterstellung, daß die deutschen Beamten aus persönlichen Interessen von der Wahrheit abgewichen seien, um so energischer zurück, als ein solches persönliches Interesse zumindestens im gleichen Umfange bei einer beteiligten russischen Persönlichkeit vorliege, die der Verantwortung für die Befreiung eines wegen Hochverrats in Haft befindlichen Kommunisten entgegen wolle. In der Frage der Extraterritorialität erklärt die Note daraufhin, daß dem von der deutschen Regierung in ihrer Note vom 21. März ds. Js. niedergelegten Standpunkt von der russischen Volkskraft nicht widersprochen worden sei und weist auf dieser Rechtslage den Vorwurf der Mißachtung der bestehenden Verträge und der Rechtsisolidität der Verfassung einiger nichtterritorialer Mitarbeiter der Handelsvertretung als unbegründet zurück.

Der Berliner russische Botschafter ist, wie die „Rossische Zeitung“ meldet, nicht nach Moskau abgereist, sondern erwartet in Berlin die Ankunft von Sjomajloff, der Leiter der Berliner Handelsvertretung, aus London.

Wie die Berliner Blätter mitteilen, ist bei der Durchsichtung der russischen Botschaft ein Flugblatt gefunden worden, in dem die Mitglieder der Reichswehr und der Schutzpolizei zur Auflehnung gegen die Regierung aufgefordert werden.

Politische Neuigkeiten

Vor einem Generalstreik im Ruhrrevier

Am Dienstag ist die Lage außerordentlich ernst geworden. Eine Konferenz, auf der die 4 Bergarbeiterorganisationen und der Zechenverband vertreten waren, hatte beschlossen, vorläufig die verlängerte Arbeitszeit einzuhalten. Dieser Beschluß ist von dem größten Teil der Arbeiter nicht gehalten worden. Unter dem Einfluß der Unionisten weigerte sich auch Montag, der größte Teil der Bergleute, über die siebente Arbeitsstunde hinaus zu arbeiten. Ein Anschlag auf alle Zechenanlagen, wonach die Bergleute, die sich weigern, die verlängerte Arbeitszeit zu verrichten, die Arbeitsstätte nicht mehr betreten dürfen, hat wenig oder gar keinen Erfolg gehabt. Aus dem Grunde wurden die meisten Zechenanlagen Dienstag morgen still gelegt, nur auf einzelnen Gruben, wie im Dortmund-Bezirk auf zwei und in Gelsenkirchen auf einer Zechenanlage, konnte der Betrieb notdürftig aufrecht erhalten werden. Aber im Laufe des Dienstag Nachmittags schien es, als ob die Wärfel zum Generalstreik gefallen sind. Die Betriebsräte der Unten beschlossen einstimmig auf einer in Vordum abgehaltenen Konferenz, am Mittwoch den Generalstreik im Ruhrkohlenbergbau auszurufen. Gleichzeitig wurde der folgenreichere Beschluß gefaßt, auch die Kohlarbeiter von Mittwoch ab zu verweigern.

Der gleichzeitig in Vordum tagende Alle Bergarbeiterverband scheint ebenfalls vollständig den Kopf verloren zu haben. Auch hier wurde beschlossen, die beiden Schiedssprüche im Ruhrkohlenbergbau abzulehnen und vom 7. Mai ab nur noch sieben Arbeitsstunden zu verrichten. Praktisch bedeutet auch dieser Beschluß die Auslösung des Generalstreiks.

WMA. Offen, 6. Mai. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, die polnische Berufsvereinsung und der Gewerkschaften Hirsch Dunder (Bergarbeiter), haben beschlossen, die bisherige tarifliche Schicht von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage beizubehalten. In einem Aufsatze der vier genannten Verbände wird dieser Beschluß den Bergarbeitern mitgeteilt und gleichzeitig betont, daß ein Streik von den Verbänden ausdrücklich abgelehnt wird.

Eine Rede Poincarés

Wie WMA. berichtet, erklärte Ministerpräsident Poincaré auf einem Bankett der französischen Handelskammer, in der nächsten Zeit würde Frankreich mit mehreren Ländern, darunter auch Deutschland, Verhandlungen beginnen, die für die Erholung Frankreichs von großer Wichtigkeit seien. Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Poincaré auf die politischen Verhältnisse zu sprechen. Die französische Regierung habe wiederholt erklärt, daß Frankreich gerne und durchaus spontan die Entschleunigungen der Sachverständigen, die die Reparationskommission sich zu eigen gemacht habe, annehme und daß die deutsche Wirtschaftseinheit wieder hergestellt würde, sobald Deutschland das von der Reparationskommission aufgestellte Programm durchgeführt habe. Aber man wisse vorläufig weder wann, noch wie, noch ob Deutschland überhaupt dieses Programm ausführen werde. Weber die in den letzten Wochen von Deutschland gemachten Versuche, ihn, Poincaré, zu täuschen, um die Verantwortung für den Mißerfolg der Sachverständigenzutaten auf Frankreich abzuwälzen, noch das Ergebnis der Reichstagswahlen seien dazu angetan, großes Vertrauen einzuschießen. Die französische Regierung sei also gezwungen, auf der Politik der Wachsamkeit und Festigkeit zu verharren und nach wie vor entschlossen, das Ruhrgebiet nur nach Aufgabe der Zahlungen zu räumen.

Die Zusammensetzung des neuen bayerischen Landtags

Mit dem Wahlergebnis der Pfalz erhöht sich die Zahl der sicher gewählten Abgeordneten für den bayerischen Landtag wie folgt: Bayerische Volkspartei 37, Volksliste 17, Sozialdemokraten 17, Vereinigte nationale Rechte (Deutsche Volkspartei) 7, Bauernbund 6, Kommunisten 4, Zentrum 1, zusammen 89, 24 Restsitze, und 16 Landesmandate, zusammen 99, sind durch den Landeswahlleiter noch zu vergeben, so daß die Fraktionen stärker noch eine wesentliche Verschiebung erfahren werden.

Nach den vorläufigen Feststellungen sind bei den Wahlen zu dem bayerischen Landtag in der Pfalz folgende Kandidaten gewählt worden: 3 Sozialdem. (die bish. Abgeordneten Geiswirt Bruno Hörner aus Ludwigshafen, Gewerkschaftssekretär Leonhardt aus Kaiserslautern und Gewerkschaftssekretär Hartmann aus Neustadt); 1 Kommunist (Schlosser Müller aus Kaiserslautern); 1 Zentrum (Amtsrat Distingger aus Ludwigshafen); 2 Bayer. Volkspartei (Domkapitular Bildenbrand aus Speyer und der bisherige Wka. Redakteur Bernhart aus Landau); 3 Vereinigte Nationale Rechte (die bisherigen Wka. Bürger-Ludwigshafen, z. B. in München, ausgewiesen, Weingartenbesitzer Rossig und Postinspektor Gollwitzer-Ludwigshafen). Die Nachprüfung konnte noch einige Änderung ergeben. Eintritten müssen anderslautende Vorbildungen auf Grund obiger amtlicher Feststellungen richtig gestellt werden. Durch Zugählung der Reststimmen sind noch vier Sitze zu befehen.

Der Volksentscheid über die Änderung der bayerischen Verfassung hat in der Pfalz folgendes Ergebnis gehabt: Mit Ja stimmten 24 381 und mit Nein 223 352 Wähler.

Die mecklenburgische Regierung gestürzt

Die Fraktion der deutschvölkischen Freiheitspartei im mecklenburgischen Landtag hat ihr seit kurzem verfolgtes Ziel erreicht. In der Dienstag-Sitzung des Landtags wurde, wie die „Frlf. Ztg.“ aus Schwerin meldet, die Regierung von Brandenstein durch ein Mißtrauensvotum der Völkischen gestürzt. Anlaß zu der Haltung der Deutsch-Völkischen gab die Zustimmung des Ministerpräsidenten v. Brandenstein in der Frage des Sachverständigenutagens in der Berliner Konferenz der Ministerpräsidenten. Aus demselben Anlaß brachten zunächst die Kommunisten ein Mißtrauensvotum ein, das nicht die Zustimmung der Völkischen fand und deshalb abgelehnt wurde. Darauf brachten die Völkischen einen ähnlich lautenden Antrag ein, der mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen wurde. Die beiden demokratischen Abgeordneten sprachen sich für die Politik der Regierung in diesem Punkte aus. Die Regierung trat darauf zurück.

Ein Kuriosum ist es, daß die Völkischen ihre Mißtrauens-erklärung einbrachten, weil der Ministerpräsident sich nicht entschieden genug gegen das Sachverständigenutagen ausgesprochen habe, während die Sozialdemokraten ihre Haltung damit begründeten, daß er sich nicht klar genug für die Erfüllungspolitik ausgesprochen hätte.

Das aus zwei Deutschnationalen und einem Volksparteier zusammengesetzte Ministerkabinett wurde erst am 18. März d. J. gewählt. Der Sturz erfolgte bei der ersten Belastungsprobe. Die Bildung einer neuen Regierung dürfte zwar einigen Schwierigkeiten begegnen, doch wird es sich nur um einen Wechsel von Persönlichkeiten aus den bisherigen Regierungsparteien handeln. Die Kommunisten haben natürlich weniger aus dem genannten Grunde das Ministerium fürzen helfen, als weil sie den ersten günstigen Augenblick, Opposition zu treiben, benutzen wollten. Die Deutsch-Völkischen haben ihnen die Gelegenheit dazu. Völkische und Kommunisten haben wieder einmal einander vortrefflich in die Hände gespielt.

Deutsche „Verschwörer“ begnadigt. Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Präsident Coolidge die Strafe des Deutschen Fritz Bischoff, der 1918 wegen eines Versuchs, eine Munitionsfabrik in New Jersey zu zerstören, zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt war, in Ausübung nach Deutschland umgewandelt. Auch Bischoffs Schwager, Wilhelm Heinemeyer, der aus denselben Gründen zu 15 Jahren verurteilt worden war, soll freigelassen werden. — Es wird berichtet, daß die deutsche Regierung wegen beider Gefangenen Vorstellungen erhoben hatte.

Die Hamburger Bürgerchaft. In Hamburg hat die Deutsche Volkspartei einen Antrag eingebracht, in dem, da nach dem Ausschluß der Reichstagswahlen die Zusammensetzung der Bürgerchaft und des Senats nicht mehr dem Willen der Hamburger Bevölkerung entspricht, beantragt wird, die Bürgerchaft möge ihre Auflösung beschließen. Würde man das Ergebnis der Reichstagswahlen im Staatsgebiet Hamburg auf die Zusammensetzung der Bürgerchaft übertragen, so hätte die gegenwärtige Regierungskoalition aus Demokraten und Sozialdemokraten 66 Sitze, unter Einschluß der Volkspartei 88 hinter sich, die Opposition würde ohne Volkspartei 72 mit Volkspartei 94 Abgeordnete aufbringen.

Kurze Nachrichten

Neugliederung des Reichswirtschaftsministeriums. Das Reichswirtschaftsministerium hat sich am 1. Mai 1924 nach besonders starker Einschränkung seines Personalbestandes einer grundlegenden Umorganisation unterzogen.

Wiedererrichtung der preussischen Gesamtschaft in München. Am 1. Mai ist die Wiedererrichtung der preussischen Gesamtschaft in München erfolgt und Ministerialdirektor Dr. Dorn zum preussischen Geschäftsträger in München ernannt worden. Er war bisher schon preussischer Bevollmächtigter bei der bayerischen Regierung.

Die bayerischen Bahnen. Der Wirtschaftsrat der Bayerischen Volkspartei hat zur Frage der Eisenbahnen im Sachverständigenutagen eine Entschleunigung angenommen, welche die bayerischen Bahnen für Bayern zurückschleudert. Das schließt nicht aus, daß auch Bayern an den Lasten, die für den Zweck der Reparationen auf die deutschen Eisenbahnen gelegt werden, in entsprechendem Umfange mitträgt.

Wiederintritt des bayerischen Ausnahmezustandes. Ein Erlass des bayerischen Ministeriums des Innern verwies darauf, daß die Wirkungsdauer der Verordnung über die Sicherung der Volkstfreiheit abgelaufen ist, daß also nunmehr wieder die bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung gültigen Bestimmungen des Ausnahmezustandes ins Leben getreten sind.

Der „Völkische Kurier“ in München ist bis einschl. 14. Mai verboten worden. Wie verlautet, erfolgte das Verbot wegen des Leitartikels in der Montagsummer, in dem der bayerischen Regierung Hochverrat vorgeworfen wurde.

Im Zwickauer Steinkohlenbergbau droht die allgemeine Aussperrung. Am 2. Mai erzwang die Belegschaft, die bisher acht Stunden verfahren hatte, die Siebenstundenfrist, obwohl das Reichsrechtsabkommen durch einen allgemein verbindlichen Schiedsspruch auf vier Monate verlängert worden war. Es ist mit der allgemeinen Aussperrung im Zwickauer Steinkohlenbergbau zu rechnen; zum Teil ist die Aussperrung schon vorgenommen worden.

Zu dem Ausschluß der deutschen Forscher vom Internationalen Geographenkongreß in Kairo teilte der bekannte Professor Oberhammer der „Neuen Freien Presse“ mit, daß der Boykott sich auch auf Österreich erstreckt.

Der Chef des polnischen Generalstabs, General Stanislaus Haller, ist von Warschau nach Paris abgereist.

Die süslavische Regierung ist, wie aus Belgrad gemeldet wird, zurückgetreten. Die Skupschina wird bis zur Lösung der Krise eine Sitzung mehr abhalten.

Der „chemische Krieg“ der Zukunft. In der holländischen Ersten Kammer erklärte Ministerpräsident Ruijs de Beerenbrouck in Erwiderung auf einige Bemerkungen über die Frage der Landesverteidigung, der chemische Krieg der Zukunft werde noch fürchtlicher sein als der letzte Krieg. Die Verantwortung der Staatsmänner sei dadurch noch schwerer geworden. Es wäre jedoch falsch, die Waffen fortzuwerfen, weil sie fürchtbarer geworden wären. Erst eine internationale Verständigung könne zu diesem Ziele führen.

Die Einkommensteuer der Amerikaner im Ausland. Der oberste Gerichtshof in Washington sprach sich dahin aus, daß amerikanische Bürger, die im Auslande wohnen, verpflichtet sind, Einkommensteuer von dem Teil ihres Besitzes zu bezahlen, der außerhalb der Grenze der Vereinigten Staaten liegt.

Die Cholera in Indien. In der Provinz Behar (Indien) hat die Cholera in diesem Jahre bereits 10 000 Todesfälle verursacht.

Badischer Teil

Erfinder-Messe Mannheim

Von Ober-Ing. Fr. Ferig

Der Reichsverband Deutscher Erfinder, e. V., zeigt im Mannheimer Rosengarten eine große Anzahl von Neuheiten. Die außerordentlich reich besetzte Ausstellung enthält sowohl Massenartikel für den allgemeinen wie für den Hausgebrauch als auch eine ganze Reihe von Neuerungen auf Spezialgebieten.

Unter den Massenartikeln finden wir verschiedene Feuerzeuge, Rasierlingen-Schleifer, neuartige Spielzeuge, einen zusammenschließbaren Taschenrechner, nicht fahrende Graphit-Signierstifte, Säckelmesser und Senfenscharapparate, Streichholzschachteldeckelungen usw., usw. die im großen und ganzen eigentlich Jahrmartartikel darstellen. Besonders auffällig ist das „Omega“-Feuerzeug, welches sehr klein ist; der Stoffkörper, der an jedes Gefäßstück oder jede Kiste angebracht werden kann und selbst schwächsten Menschen den Transport des Koffers durch eigene Hand ermöglicht; ferner der „Sofa“-Reiser, der durch eine mit Nuten versehene Walze fast wie eine Salzmühle wirkt und daher dort, wo das Verstopfen der Röhren nicht mehr möglich ist, nützlich ist. Weiter eine Onkolog-Brillenscheibe, eine Gesundheits-Pfeife und ein Zigaretten-Einfaß für Pfeifen. Die Firma Müller zeigt ein neues Schablonenverfahren, das Masterkopien verwendet und zur Übertragung von bildlichen Darstellungen auch auf Stoff, Holz und Porzellan und dergl. dient.

Unter den Haushaltsartikeln finden wir besonders Apparate zum Einmachen von Obst, ferner die Stöpf- und Stichtapparat „Nix“ und „Rax“ für Nähmaschinen, einen Wascheisen-Einfaß der gewissermaßen selbsttätig als Spülvorrichtung wirkt, Staubsauger, Butterknetmaschinen, feuerfeste Badegeschirre aus Glas usw. usw.

Von Spezialapparaten und Maschinen ist insbesondere die sehr interessante Ausstellung der Firma Dommel zu nennen. Von dieser Firma ist ein Patent-Universal-Antrieb-Verzeug als neuestes herausgebracht, das das Anreiben von konzentrischen Kreisen um einen Mittelpunkt, um innere oder äußere vorhandene Kreisbewegungen auf eine einfache Weise ermöglicht unter Umgehung des Aufsuchens des Mittelpunktes der konzentrischen Kreise, was bei den bisher gebrauchlichen Apparaten notwendig war. Gleichzeitig ermöglicht diese Schmiege das Anreiben von Parallelen nach Anreißplatten und vorhandene Begünstigten. Die Hommelwerke zeigen dann noch eine Messung eines Reichtumsausmaßes-Millimeter ermöglicht.

Die Reiter-Eisenwerkerei- und Maschinenbauanstalt zeigt eine Schnell-Drehbank mit Räderantrieb; diese Maschine hat keine Klauenkupplung und keine Reibungskupplung und ferner sind durch die Konstruktion widersinnige Schaltungen verhindert. An der gleichen Stelle wird auch eine Spiralspindel-Spindelmaschine gezeigt, welche Spezialeinparvorrichtungen, insbesondere für kleine Bohrern hat.

Von elektrischen Apparaten ist neben den neuesten Radio-Empfänger, der „Simplex“-Motor der Voltages ausgestellt, der als Selbstanlassermotor arbeitet. Ferner finden wir eine ganze Reihe von kleinen Motoren für alle möglichen Zwecke. Besonders bemerkenswert sind die automatischen Bügelständer der Elektro-Heizapparate der Firma Jäger u. Paul durch deren Verwendung hoffentlich die Brände, die in Schneidewerkstätten durch das Nichtauslösen der Bügelständer vorfallen, der Vergangenheit angehören. Die gleiche Firma bringt weiter ein ganz kleines galvanisches Element heraus, das nur 100 Millimeter hoch und 36 Millimeter breit ist und in einer Zusammenstellung von 48 Stück als Akkubatterie gebraucht werden kann.

Bemerkenswert sind ferner die Schwachstromheißapparate mit Stromerzeugung der „Sano“-Heißapparate, A.S. und die „Provia“-Wolff-Strahlapparate der Firma S. R. Muppert, Redarbischoffheim. Auch ist der kleine Vorwärmform der C. Lorenz u. G. Berlin bemerkenswert, der zum Abblenden von Automobil-Akkumulatoren außerordentlich praktisch ist.

Unter den wärmetechnischen Apparaten finden sich auf der Ausstellung eine ganze Anzahl Gasparapparate u. a. der Promethens-Wunderstab, der besonders das Anheizen von Metallteilen ermöglicht; ferner der „Reißtagger“, der als heizbare Stockfiste anzupreisen ist, und auch verschiedene Heißwasserapparate. Besonders interessant ist der Gasbrenner. Durch 2 Gasbrenner wird der Verbrauch des Normalbrenners und des Gasbrenners gemessen.

Für größere Heizungsbetriebe und für Zimmerheizung, ist der Heizungsessel „Fortschritt“ der Autogen-Automat-G. m. b. H. zu nennen, der einen verstellbaren Kessel besitzt und dadurch ermöglicht, die Größe der Feuerstätte den Erfordernissen der Temperaturverhältnisse anzupassen. Ferner ist zu nennen der „Häufel“-Kessel zur Erzeugung von Niederdruckdampf und Warmwasser, der horizontal gelagert ist, die doppelwandig sind und in denen sich das zu erhitzende Wasser befindet. Der Wirkungsgrad ist gegenüber früheren Kesseln außerordentlich hoch, insbesondere ist die Rauchgas-Temperatur auf Grund der Untersuchungen des Maschinenlaboratoriums der Techn. Hochschule Dresden nur ca. 145°, also als sehr gering anzusehen. Auch Kofks-Baus- und Gashausbrenner zeigt eine Neuerung, die für Zentralheizungsanlagen von Bedeutung ist.

Unter den Büromaschinen finden wir auch einige Neuheiten, so z. B. werden Adler-Schreibmaschinen gezeigt, die ausmachend feine Schrift zu schreiben vermögen. Ferner zeigt die Adlerfabrik, Tübingen, u. Abgeleitete für Vertriebszwecke, die sich durch die Sicherheit, von allen Seiten, die sich bisher mit dem mühsamen Sehen beschäftigen mußten, sehr begünstigt werden. Auch die Firma Heinz Meyne Mannheim zeigt den „Enos“-Notations-Apparat, der ebenfalls eine außerordentlich einfache und sinnreiche Konstruktion aufweist und insbesondere für kleinere Vertriebs-Anwendungen finden dürfte.

Es werden dann eine Anzahl Adressiermaschinen gezeigt und ferner die kleine „Gumbel“, ein ganz einfaches Reife-Schreibmaschinen, das für 35 Mark richtige Schreibmaschinen-Schrift mit Durchschlägen erzeugt.

Es ist dann ferner die neue Rimeter von G. Bergmann zu erwähnen, dann der Reife-Rechenblock mit Reife-Rechen und Winkel und die Präzisions-Rechenmaschine Kullmann, durch deren Einrichtung es möglich ist, in viel kürzerer Zeit Konstruktionszeichnungen zu entwerfen als bisher, weil man mit weniger Handbewegungen auskommt.

Eine Anzahl Rechenmaschinen sind ausgestellt, insbesondere „Anita“ mit 2 Zählwerken und 2 Linealen, wodurch es möglich ist, beispielsweise Multiplikationen unter Anzeige der Einzelprodukte und gleichzeitiger Addition derselben vorzunehmen. Auch der Rechen-Rechen-Rechen-Rechen dürfte in seiner neuen Form Beachtung finden.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Ausstellung in einem Raum eine Schreibmaschinen-Schule untergebracht hat, in der eine Anzahl junger Damen „blind“ schreiben und es dem Aussteller sowohl wie dem Besucher ermöglichen, gleich an Ort und Stelle ihre Korrespondenzen zu erledigen.

Wohnungsbaudarlehen 1924

Amlich wird mitgeteilt: In Verfolg der Entschließung des Bad. Landtags vom 3. April 1924 hat die Regierung nunmehr im Vordergrund auf den zur Förderung der Neubautätigkeit zu verwendenden Anteil des Landes an der geplanten Gebäude-fördersteuer einen Teilbetrag zur sofortigen Verwendung bereitgestellt. Hieraus sind zunächst einigen Wohnungsverbänden mit besonders starker industrieller Bevölkerung und regerer Bautätigkeit verzinsliche und tilgbare Darlehen überlassen worden mit der Zustimmung, daraus Hypothekendarlehen für Neubauten zu bewilligen. Sobald das Gesetz über die geplante Gebäude-fördersteuer verabschiedet sein wird, sollen auch den übrigen Wohnungsverbänden und verbandsfreien Gemeinden nach Wohnungsbedarf und Leistungsfähigkeit aus den Landesmitteln solche Darlehen bewilligt werden.

Es ist somit in Aussicht genommen, die Landesmittel zur Förderung der Neubautätigkeit künftig nicht mehr zur unmittelbaren Bewilligung von Baudarlehen zu verwenden, sondern das Verfahren zur Baudarlehenbewilligung ganz in die Hände der verbandsfreien Gemeinden und der Wohnungsverbände zu legen, so daß eine Vorlage der einzelnen Baudarlehenanträge an das Arbeitsministerium künftig nicht mehr nötig fallen wird; dies wird zu einer wesentlichen Vereinfachung und Beschleunigung des Baudarlehenverfahrens beitragen. Anfragen und Anträge wegen Baudarlehenbewilligung sind sonach von jetzt ab nicht mehr an das Arbeitsministerium, sondern in den verbandsfreien Gemeinden an den Bürgermeister, in den übrigen Gemeinden an das Bezirksamt zu richten.

Reichsherbbergstag 1924

Der Verband der deutschen Jugendherbergen hielt heute seinen 6. Reichsherbbergstag unter zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder aus allen Gauen Deutschlands in Spangenberg b. Kassel ab. Der Geschäftsführer des Verbandes Fabrikant Müller erstattete den Jahresbericht. Die Zahl der Übernachtungen betrug über 1 Million, die der Jugendherbergen 1700, der Ortsgruppen 593, der Mitglieder 77 000, der Verbände unmittelbar angeschlossenen Reichsverbände 123. Der Jahresbeitrag wurde für sämtliche Einzelmitglieder auf 3 M. festgesetzt. Die vom Zweigauerschluß Baden vollzogene Abschaffung der vorläufigen Mitgliedsarten, die jedem umherstreifenden Herbergsmitglied zum Überwachen in den Jugendherbergen Gelegenheit bot, wurde mit starker Mehrheit gutgeheißen. Die Lösung des Weibenausweises wurde als für sämtl. jugendlichen Herbergsmitglieder verpflichtend beschlossen. Jugendliche unter 18 Jahren, einschließlich Studenten und Angehörige höherer Bildungsanstalten (Schüler unter Lehrerschaft ausgenommen) müssen also beim Besuch der deutschen Jugendherbergen im Besitze eines Weibenausweises sein, bezw. einen solchen gegen Zahlung von 50 Pf. erwerben. Erwachsene (über 18 Jahre), die in den Genuss der Jugendherbergen treten möchten, haben sich zuvor die persönliche Mitgliedschaft eines Zweigauerschlußes bezw. einer Ortsgruppe für deutsche Jugendherbergen zu erwerben.

Schlüsselt wurde als gleichberechtigter Zweigauerschluß in den Verband für deutsche Jugendherbergen aufgenommen. Damit ist auch die letzte Lücke im Werke des deutschen Jugendherbergswertes geschlossen und ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Volksgemeinschaft zurückgelegt.

Eine Erklärung Dr. Schöfers

Im „Donaufränkischer Tagblatt“ war zu lesen, es heiße, das „Badische Zentrum“ unter Dr. Schöfer wolle die Rheinische Republik von Frankreichs Gnaden gründen. Zum Beweise für diese Behauptung berief sich das Blatt auf eine Zuschrift aus Vorstundensreisen der Bayer. Volkspartei und die darin enthaltenen Mitteilungen von einer Rheinischen Konferenz von Zentrumseleuten in Frankfurt im Januar 1924. Hierzu erklärt Dr. Schöfer: Was ich auf dieser Konferenz in einer kurzen Diskussionsrede ausrief, enthält nach Ziel und Inhalt so ziemlich das gerade Gegenteil. Diese Konferenzen verfolgten stets den Zweck, die besetzten Gebiete für unser deutsches Vaterland zu retten. Dieses Ziel lag auch meinen Ausführungen von damals zugrunde. Ich vertrat dort energisch den Standpunkt, daß ohne Wissen und Willen der bayerischen Regierung in Berlin in dieser Frage nichts unternommen werden könne und dürfe. Ich warf in diesem Zusammenhang auch die Frage auf, ob nicht seitens der Regierung eines oder das andere zur Erhaltung der Rheinlande unterlassen worden sei, sagte aber auch, ohne Kenntnis der Verhältnisse könne man sich darüber schwer ein Urteil bilden. Vor irgendwelchen Verhandlungen mit Litard habe ich nicht minder entschieden gewarnt wie die Anwesenden selbst.

Kommunale Rundschau

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit in Mannheim. Nach den Feststellungen des Arbeitsamts Mannheim betrug am 29. April ds. Js. die Zahl der Vollerwerbslosen 10 020 (7887 männliche, 2133 weibliche). Da am 22. April die Zahl der Vollerwerbslosen auf 10 836 sich belief, ist ein weiterer Rückgang um 816 eingetreten.

Förderung der Bautätigkeit in Mannheim. Wie das Mannheimer Städtische Nachrichtenamt mitteilt, hat der städtische Hypothekenausschuß in seiner zweiten Sitzung den Betrag von 671 400 Mark als Baudarlehen für 91 Wohnungen mit 362 Zimmern bewilligt.

Aus dem Kreisrat Mosbach. Aber 47 Punkte hat der Kreisrat in seiner letzten Sitzung beraten und Entschlüsse gefasst: Das Schul- und Verpflegungsgeld für den Besuch der Kreisbahnhalterschule in Mosbach und der Beginn des Sommerkurses der Kreisbahnhalterschule in Mosbach werden festgesetzt. Die in der Kreispflegeanstalt Krauthaus notwendigen baulichen Veränderungen und Verbesserungen werden genehmigt. Die Fürsorge für hilfsbedürftige Voll- und Halbwaise, sowie nicht vollkinnige Kinder ist vom 1. April 1924 ab gesetzliche Aufgabe der neugeschaffenen Bezirks- und Fürsorgeverbände. Kreisbeihilfen werden nur noch gewährt, soweit nicht die gehobene Fürsorge, sondern die Armenpflege einzutreten hat. Eine Geschäftsordnung für die Tagungen der Kreisversammlungen wird beraten und wird der nächsten Kreisversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden. Die landwirtschaftliche Kreiswinterschule in Vorberg soll, nachdem für deren würdige Unterbringung die Gemeinde das alte Volksschulgebäude zur Verfügung stellt, beibehalten werden. Wegen Beibehaltung der Winterschule in Rauberbschöpsheim und deren Unterbringung in geeigneten Räumen sollen die ausgenommenen Verhandlungen fortgesetzt werden. Den unbemittelten, in den Ambulatorien in Raiba zur Behandlung kommenden Augen- und Ohrenkranken werden wie früher die Medikamente auf Kreislosten geliefert. Mit dem öffentlichen Untersuchungsamt Heidelberg soll der Abschluß eines Vertrages angestrebt werden, nach welchem der Kreis an Stelle der Gemeinden die Kosten der Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln übernimmt. Eine Reihe von gemeinnützigen Vereinen und Anstalten (Kart. Anstalt, Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose, Landesverband für Kleintierfürsorge, Bad. Krüppelverein) sowie Gemeinden werden mit Beihilfen und Unterstützungen bedacht und Fürsorgemaßnahmen für krüppelhafte, blinde Kinder und alte Personen getroffen und schließlich die Förderung des Handwerks durch Beteiligung an den Kosten für Auszeichnung von Lehrlingsarbeiten unterstützt.

Aus der Landeshauptstadt

Vom Einzelhandel

Der Einzelhandelsausschuß der Handelskammer Karlsruhe trat am 2. Mai im kleinen Sitzungssaal der Handelskammer zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende des Ausschusses, Stadtrat Kunkel, den neugewählten Präsidenten der Handelskammer, Bankdirektor Nicolai. Er erklärte, daß der Ausschuß zu ihm das Vertrauen habe, daß er sich innerhalb der Kammer für die berechtigten Wünsche des Einzelhandels auch einsetzen werde. Direktor Nicolai betonte, daß er die Förderung der Interessen des Einzelhandels sich stets angelegen sein lassen werde; er bittet, in vorzukommenden Fällen sich sofort mit der Handelskammer in Verbindung zu setzen, die dann ihrerseits dafür Sorge tragen werde, daß die Angelegenheit in einer den Einzelhandel zufriedenstellenden Weise ihre Erledigung finde.

Die Anträge der Gewährung von Rabatten und Zugaben, die vielfach wieder aufleben beginnt, soll nach einem Vorschlag von Stadtrat Dr. Kienlen durch Aufhebung in der Tagespresse, die über die Nachteile dieser Lockmittel Aufklärung geben und durch entsprechende Einwirkung der Organisationen des Einzelhandels auf ihre Mitglieder bekämpft werden. Eine lebhafte Aussprache löste die Frage der Beseitigung der Verkaufsstände auf Straßen und öffentlichen Plätzen, die vielfach das Straßenbild ganz erheblich verunzieren, aus. Der Ausschuß beschloß, dafür einzutreten, daß diese Art des Verkaufs auf Freisicht beschränkt und die Abgabe aller übrigen Waren verboten wird; bei der Vergebung der Stände soll dabei auf die Erhaltung eines schönen Straßenbildes ganz besonders Rücksicht genommen werden. Die Fortsetzung des Abbaues der Zwangswirtschaft, insbesondere auch die Aufhebung der Preisstillverordnungen soll mit allem Nachdruck angestrebt werden.

Weiterhin gelangte eine Anzahl aktueller Steuerfragen zur Verhandlung; es wurde die dringende Forderung gestellt, dahin zu wirken, daß die Regierung vor Erlass von Steuererlassen die Handelskammern tatsächlich hört. Zu äußerst schweren Bedenken haben die hohen Gemeindefiskus-Ansätze, ebenso wurde eine Ermäßigung der Umsatzsteuer wegen ihrer preiswertenernden Tendenz als dringend notwendig bezeichnet. Auch haben die vielfach in den gemeindlichen Getreidesteuerordnungen enthaltenen Härten zu Klagen Anlaß; die Handelskammer wird versuchen, eine Beseitigung dieser Härten durchzusetzen. Der Erscheinung der Ausgestaltung des Einzelhandels durch gemeinsamen Warenbezug in industriellen Betrieben und bei den Beamten hat die Handelskammer Karlsruhe ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Daß ihrer Bemühungen darf angenommen werden, daß die Klagen des Einzelhandels in dieser Beziehung jetzt aufhören werden. Einen weiteren Verhandlungsgegenstand bildete schließlich noch die Vertretung des Handlungsgewerbes in den Einzelhandelsausschüssen der Handelskammern.

Verkehrsnotiz. Die Züge D 307/308 führen künftig zwischen Karlsruhe u. Basel keinen Speisewagen mehr. Dafür wird der Schlafwagen Rohnwinkl-Karlsruhe bis und ab Basel durchgeführt. Die seit 3. Mai nach und nach laufende Berliner Nacht Schnellzüge D 45/46 führen einen Schlafwagen Baden-Baden-Berlin-Schlef. Bahnhof und einen Speisewagen Karlsruhe-Frankfurt (Main) und zurück.

Warnung vor Schwindeln. Bei dem vor kurzem in verschiedenen Zeitungen der Seegegend erschienenen Angebot zur Verschaffung von Goldhypotheken und Geld sowie zur Vermittlung von Güterverkäufen handelt es sich in der Hauptsache um die Bezahung einer Provision, die oft in recht ansehnlicher Höhe gefordert wurde. Die Hälfte dieser Provision behält der Vermittler, während die andere Hälfte nach Berlin wandert, wo die verschiedenen Gesuche in einer Fachzeitung für Hypotheken, Grundstücks- und Geschäftsvorfälle Aufnahme finden. Einige ganze Reihe Vertrauensfänger ist bereits auf diesen Schwindel hereingefallen.

Landestheater. Am Donnerstag, den 8. Mai, wird die Komödie „Der Teufelskücher“ von Bernard Shaw zum ersten Male wiederholt. Lebens dramatisches Gedicht „Peer Gynt“ mit der Musik von Eddard Grieg geht am Samstag, den 10. Mai, seit seiner hiesigen Erstaufführung bereits zum

hierzuhen Male in Szene. — In Vorbereitung befinden sich die Uraufführung des einaktigen Dramas „Der Schiffs des Archilochos“ von Wilhelm Benninger und die Uraufführung der Komödie „Amphitryon“ von Molière in der Uraufführung von Fritz Numpf. Beide Werke werden am Samstag, den 17. Mai, in Szene gehen.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Nr. 25 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblatts hat folgenden Inhalt: Verordnung des Arbeitsministers über Minister des Kultus und Unterrichts: der Unterrichtsplan für die Volksschule; Ortskirchensteuer 1924; das Schulgeld an den Fachschulen des Justizministers; über die Eintragung von Reallosten zugunsten der Deutschen Wohnstättenbank Aktiengesellschaft in Berlin.

Mannheim, 6. Mai. Wie die kommunistische „Arbeiterzeitung“ mitteilt, haben die Delegierten des Industrieverbandes der Chemie beschlossen, die Ausgeperrten der Anilinfabrik aufzufordern, den Kampf um den Achtstundentag und die alten Rechte weiterzuführen, also der Aufforderung der Werkleitung zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu entsprechen.

Heidelberg, 7. Mai. Hochwasser. Der hochgehende Nedar richtet in verschiedenen Gebieten dadurch Schaden an, daß er ungesunde Schlamm- und Morastmassen auf die Wiesen und Saatefelder anschwemmt, teils auch Straßen aufwühlt und Brücken, sowie Brückenstege beschädigt.

Forstheim, 6. Mai. Hochwasser. Der durchschnittliche Stand des diesjährigen Hochwassers am Altstädter Brückenpegel ist 2 Meter. — Am kommenden Mittwoch den 7. ds. Mts. wird ein größerer Teil des neuen Westflügels im hiesigen Hauptbahnhof dem Betrieb übergeben werden.

Brötzingen, 6. Mai. Einen seltsamen Sport leistet sich seit einiger Zeit ein „Tierfreund“, indem er mit Strichnadeln verarbeitetes Fleisch an den Waldwegen des Brötzingermaldes auslegt, dergestalt, daß in ganz kurzer Zeit ca. 10 wertvolle Hunde, die von dem Fleisch gefressen hatten, verendet sind. Diefem Unfug sollte rasch und ganz energisch ein Ende gemacht werden.

Ettlingen, 7. Mai. In russischer Gefangenschaft. Die Familie Ströb in Oberweiler bei Ettlingen erhielt dieser Tage Nachricht von ihrem seit fünf Jahren in russischer Gefangenschaft im Kaukasus befindlichen Sohn Karl. Er werde bald nach Deutschland zurückkehren können. Man kann sich die Freude der Angehörigen vorstellen, da der Sohn schon seit 5 Jahren für tot galt.

DZ. Unterlauringen (Amt Waldsput), 6. Mai. Der Arbeiter Franz Mutter von Unterlauringen, der von dem Gewerkschaftsleiter Albert Scherer aus Mollnau (Amt Waldsput) hypnotisiert und nach der Hypnose tobstüchtig wurde, mußte in die Psychiatrische Klinik in Freiburg verbracht werden. Der Zustand des Tobstüchtigen besserte sich und Mutter konnte wieder entlassen werden. Bald nach der Entlassung mußte er jedoch wiederum in die Irrenanstalt nach Freiburg gebracht werden, da er von neuem tobstüchtig und geistesgestört ist. Das badische Landespolizeiamt hat sich nun neuerdings des Befalles angenommen und bemüht sich, des Hypnotiseurs habhaft zu werden, der flüchtig ist.

DZ. Radolfzell, 7. Mai. Zu dem Bootunglück auf dem Untersee wird noch gemeldet: Das Boot landete gestern Nachmittag an der Südspitze der Insel Reichenau. In dem Boot befanden sich zwei Rüchfische und Brotbeutel. Es ist anzunehmen, daß die beiden Insassen den Tod in den Wellen gefunden haben. Es handelt sich um den ledigen Sparlassenbuchhalter Garter und den Bürosekretär Kocks aus Singen.

Kaiserslautern, 6. Mai. Die Aussperrung in der Kammergarnspinnerei Kaiserslautern ist beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen und ein Spitzenlohn von 54 Pfennig vereinbart.

Verschiedenes

75. Geburtstag des Fürsten Bülow

Reichskanzler Rath hatte dem Fürsten Bülow in Rom ein Telegramm geschickt, in dem er ihm im Namen der Reichsregierung die Glückwünsche zur Vollendung des 75. Lebensjahres ausspricht. Dankbar gedenke das deutsche Volk des Reiches mit festerer Hand geführt habe und selbstlos die schwierigen Aufgaben der deutschen Diplomatie übernommen, als schweres Mißgeschick unser Vaterland traf. Bülow habe als Reichskanzler das deutsche Volk geführt, als es auf der Höhe seines Glückes stand. Möchte ihm beschieden sein, noch seinen „Lustigen“ aus dieser Not zu sehen. — Vom Fürsten Bülow ist beim Reichskanzler folgendes Telegramm eingegangen: „Herzlichen Dank für freundliches Gedenken, das Sie mir zugleich namens der Reichsregierung widmen. Mit treuen Wünschen begleite ich Ihre Sorgen und Arbeiten. Einer einzigen Nation wird Gott die Hilfe nicht versagen.“

Deutsche Opernvorstellungen in London

Montag abend eröffnete ein internationales, jedoch vorwiegend deutsches Ensemble unter Bruno Walter im Covent-Garden in London mit Wagners „Meingold“ eine Reihe von Operaufführungen. Das Haus war, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, ausverkauft, der Erfolg trotz der bekannten Schwierigkeiten groß. Die Presse äußerte sich sehr anerkennend, besonders über Walter und den Tenor Kirchhoff.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 8. Mai. 7^{1/2} b. g. 10 Uhr. Sp. I M. 4.20.
Abonn. B 20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2201-2500,
3801-4000, 6701-6800.

Der Teufelsschüler.

Badische Lichtspiele

Heute abend 8 Uhr

Aus dem unbekanntem

MEXIKO

Film- und Lichtbildervortrag des
Frhr. von Törckheim, Tapachula
Ververkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße
Papierhandlung Eisele, Werderplatz
Siehe Plakatsäulen D.312

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	7. Mai		6. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 581 000	1 589 000	1 576 600	1 584 400
Kopenhagen	717 200	720 800	715 200	718 800
Italien	190 500	191 500	189 500	190 500
London	18 455 000	18 545 000	18 455 000	18 545 000
Neuhport	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	276 800	278 200	272 300	275 700
Schweiz	746 100	749 900	748 100	751 900
Prag	124 600	125 400	124 600	125 400
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Münzelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs; (in Billionen Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca.	8,5-8,75
5% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca.	8,5
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca.	1,7
5% Redatwerke Goldanleihe	ca.	1,6
5% Preussische Kali-Anleihe pro 100 kg	ca.	2,1
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.	ca.	—
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca.	1,2
Dollarobligationen des Deutschen Reichs	ca.	79,6
Goldanleihe d. Deutschen Reichs	ca.	7,2

Von den Ursachen der Zahlungsschwierigkeiten

Die Stabilisierungsstrategie tritt mit der Andauer der Stabilität und der Verschärfung der Kreditengpässe durch die wichtigsten Kreditstellen und -Quellen in ein weiteres Stadium. In der ersten Zeit der Stabilität hatte die geringe Anzahl der in der Privatwirtschaft entstandenen Zahlungsschwierigkeiten und Konkurse übersehen, weil man getraut war, daß einem so plötzlichen und dem Konjunkturausschlag die Schwierigkeiten alsbald folgen werden.

Dazu schreibt die „Frankf. Bzt.“: Wenn diese Schwierigkeiten nicht sobald aufräumen, so lag das wohl zum größten Teil daran, daß viele Unternehmungen eine ganze Zeit lang in der Lage waren sich durch Kreditansprüche zu helfen oder von der eigenen, wie von der Vermögenssubstanz ihrer Eigentümer, die in der Inflationszeit aufgespeichert werden konnte, zu ziehen, vielleicht häufig in der stillen Annahme, daß alsbald eine neue Wertschätzung der alten Geschäftschancen eröffnen könnte. Jetzt aber wirkt sich die Kapitalnot äußerst streng aus und sie führt auch zu Schwierigkeiten, wo der Betrieb — besonders bei gewerblichen Unternehmungen — intakt geblieben und der Umsatz unter verschlechterter Marktfrage relativ wenig gelitten hat. Querschnittlich solche Unternehmungen getroffen, die jüngeren Datums sind und daher ohne die inneren Reserven an Kapital und Erfahrung sind.

Die lange Inflationsperiode hatte vom strengen und sorgfältigen Investieren unter der Hut des billigen Kredites entwohnt. So sind auch die Schwierigkeiten in der Seifenindustrie in ihrer Entstehung zweierlei Ursprungs: innere Betriebschwierigkeiten und äußere Kreditnot. Man kann auch hier von der Beharrlichkeit der Inflation-Denkweisen sprechen; man war nicht immer gerade besonders kritisch und von einer Prüfung der Unterlagen — auch bei sonstigen Investitionskriterien — abgesehen. Ein weiteres Moment macht sich jetzt geltend: Die aus steuerlichen Gründen in den Inflationsjahren vielfach beliebte Gründungsartigkeit, die dazu führte, daß häufig sogar nur Betriebsanteile zu selbständigen Aktiengesellschaften wurden, hat nun die Unkosten unter der Stabilität zur Last werden lassen, da jeder Betrieb seine eigene Verwaltung (mit besonderen Kosten für Vorstands- und A.M.-Mitglieder) zu finanzieren hat. Jetzt sind diese Kosten zum unangenehmen Unkostenfaktor geworden und hindern die Rentabilität auf höherem Preisniveau. In einem der letzten Fälle sind es 3 B. sechs verschiedene Aktiengesellschaften, die einer Gruppe angehören, die den gleichen Produktionszweck haben und im Grunde genommen nach einheitlichen Gesichtspunkten arbeiten. Jetzt deckt die Kreditkrise die Versäumnisse auf und läßt sie unangenehm bemerkbar werden. Nicht ohne Einfluß sind aber auch die Zins- und Zinseszinslasten geblieben; sie erreichen in einem der uns näher bekannt gewordenen Fälle eine stattliche Ziffer. Und dies bei eigenartigen Umvermögensstransaktionen der aufgelaufenen Zinsen aus einer Währung in die andere, so daß auch hierdurch schon Verluste entstanden sein mögen. Die Stellung der Bankenaufsichtsräte in diesem Falle erscheint in eigenartiger Beleuchtung. Sie haben offenbar nicht genügend an die Pflichten als Verwaltungsmitglieder der gewerblichen Unternehmung gedacht, sondern mehr auf die Ausnutzung der Gewinnmöglichkeiten für sie das Augenmerk gerichtet. Wenn man auch die Hoffnung hegen darf, daß solche Methoden selten und von ernsten Häusern nicht angewendet wurden, so ist es doch angebracht, immer wieder zu betonen, daß die Banken und Bankiers in Aufsichtsräten für die Finanzierungsmaßnahmen eine besondere Verantwortung haben. Die unerfreulichen Erscheinungen der Inflationsjahre summieren sich jetzt unter der Kreditkrise und machen so vielen, besonders jüngeren Unternehmungen den Übergang zu gesunden Verhältnissen außerordentlich schwer.

Benninger Bau-A.G. Das bekannte Schlacken-separationswerk und die angegliederte Bausteinfabrik Offenburg-Winnschlag ist durch Kauf auf die Benninger Bau Aktien-Gesellschaft, Karlsruhe übergegangen. Der bisherige Betrieb wird durch erhebliche Erweiterung in eine Spezialfabrik für den Benningerbau zur Belieferung des Oberbairischen Gebietes umgewandelt.

Marktberichte: Der Viehmarkt in Gosslach i. N. am 5. Mai war mit 41 Ochsen, 14 Kühen, 1 Kalb, 11 Kalbinnen und 14 Kindern besetzt. Infolge der hohen Preise wurde kein Stück Vieh verkauft. Der Schweinemarkt wies 463 Ferkel auf, die zu 15-45 Mark pro Paar verkauft wurden. Der Geschäftsgang war ziemlich gut. — Der am 5. Mai in Engen abgehaltene Schweinemarkt war mit 2 Käufer Schweinen und 117 Milchschweinen besetzt. Käufer Schweine kosteten 60 Mark, Milchschweine 28-50 M. pro Paar. Der Handel war lebhaft. — Dem Offenburger Schweinemarkt wurden am 3. Mai 185 Ferkel zugeführt. Für das Paar wurden 36-80 M. bezahlt.

Süddeutsche Deu- und Strohpresse: An der letzten Produktenbörse notierten je 100 Kilogramm Wiesenseu 9,50 bis 10 M. (unb.), Kleeheu 10-11 M. (unb.) und drahtgepreßtes Stroh 6-8,50 M. (unb.).

Deutschlands Außenhandelsbilanz im März ist wieder passiv. Der Überschuß der Einfuhr betrug 239 Goldmillionen.

Staatsanzeiger

An die Ortspolizeibehörden

Es besteht Veranlassung, daran zu erinnern, daß die öffentliche Bekanntmachung von Funden gemäß § 5 der Verordnung die polizeiliche Behandlung der Fundgegenstände vom 6. Oktober 1899 (S. 495) nicht durch Einreden in die amtlichen Verkündigungsblätter zu geschehen braucht. Auch periodische Verkündigungen der Funde in abgekürzter Form sind nicht borgegriffen. Die Bekanntmachung hat darnach regelmäßig durch Ausschlag an der für öffentliche Bekanntmachungen der Ortspolizeibehörde bestimmten Stelle zu erfolgen.

Karlsruhe, den 5. Mai 1924
Der Minister des Innern
J. B. Leers

Die Schlachtvieh- und Fleischbeschau

Konst. XXVIII.

An die Bezirksämter.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß durch die Beschaffung der Stempel, die nach § 43 Absatz 4 der Ausführungsverordnungen A zum Fleischbeschaugesetz zur Kennzeichnung des Fleisches von Pferden zu verwenden sind, Gemeinden, in denen Pferdebeschlächtungen selten vorkommen, unnötige Kosten erwachsen. Da die Beschau beim Pferde nur von Tierärzten auszuführen ist, ist nichts dagegen zu erinnern, daß die zur Kennzeichnung des Pferdefleisches benötigten Stempel durch die Gemeinden gemeinsam für die von ihnen mit der Beschau betrauten Tierärzte angeschafft werden. Es wird jedoch bemerkt, daß diese Stempel, die mit dem Namen des die Beschau ausführenden Tierarztes versehen sein müssen, von den Tierärzten nur insofern verwendet werden dürfen, als sie außerhalb ihres gewöhnlichen Beschaubezirktes abgestempelt haben.

Karlsruhe, den 6. Mai 1924

Der Minister des Innern

J. B. Leers

Verhütung von Feuergefahren

Konst. XXXII.

An die Bezirksämter und Ortspolizeibehörden

Durch den § 12 der VO. des Ministeriums des Innern vom 28. November 1864, die Verhütung von Feuergefahren für Gebäude, ist das Tabakrauchen in Ställen, Scheunen, Schuppen, Heu- und Fruchtböden und anderen Räumen, welche zur Aufbewahrung leichtentzündlicher Gegenstände dienen, untersagt.

Auf die Beachtung des Verbots ist hinzuwirken.

Karlsruhe, den 5. Mai 1924.

Der Minister des Innern

J. B. Leers

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuteilsetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernennung:

Gewerbelehrerandant Friedrich Heß an der Gewerbebeschule in Sinsheim a. E. zum Gewerbelehrer daselbst, Gewerbelehrer Friedrich Bagumel an der Gewerbebeschule in Weinheim zum Direktor daselbst.

Verfetzt wurde in gleicher Eigenschaft:

Gewerbelehrer Julius Straub an der Gewerbebeschule in Konstanz an jene in Furtwangen.

Der heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt des Rheinbaldhauses Baden-Baden bei, auf den wir unsere Leser besonders hinweisen möchten.

Den feinsten Kaffee

trinkt man von allers her in jedem Hause, in dem man Pfeffer & Dilliers Kaffee-Essenz verwendet. Sie veredelt den Geschmack ganz überraschend und macht den Kaffee wirklich fein.

Silberpaket 30 Pf., Dose 40 Pf. in allen Geschäften.

Elegante Welt

Deutschlands tonangebende Zeitschrift für vornehme Lebenskunst, für Mode, Kunst, Theater, Film, Sport, Schönheit und Lebensfreude.

Alle 14 Tage ein 50 bis 80 Seiten starkes Heft mit ausgewählten Meisterwerken moderner Film- u. Photokunst sowie hochinteressanten Berichten aus der Gesellschaft. Jedes Heft mit einem prachtvollen farb. Kunstblatt als Titelbild.

Abonnements bei allen Buchhandlungen!

Verlag: Dr. Eysler & Co., A.-G., in Berlin SW 68.

Institut
Betektiv- u. Privat-
Rückmittel
„Argus“ Mannheim
O. 6. 6.
Plancken 9. 47
Fernspr. 3303
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Rußholzverfeigerung
des Forstamts Rotenfels am
Mittwoch, den 14. Mai 1924,
nachmittags 1/2 2 Uhr, im
„Ochsen“ zu Rotenfels,
meist aus den Abteilungen
1, 2, 35, 36; Eichen 2 III,
38 IV, 15 V; Rotbuchen
12 III, 38 IV; Eichen
2 IV, 1 V; Kiefer 2 V,
1 VI; Buche, Afaz; Kadel-
stangen: Bauftangen 45 L,
60 II, 17 Gaftangen, 150
Kopfenstangen I-IV, 80
Rebfteden I und II, 30
Böhnenfteden; ferner Auf-
schichtholz, edelkast. 15 Ster,
afaz. 3 Ster, eich. 2 Ster,
erl. Grubenholz in Stieren,
fo.: 148 Ster 2,50 Meter
lang (starke Sperhengel)
und 35 Ster 1,55 Meter
lang. Das Grubenholz
eignet sich zu Kleinnut-
holz zu Reparaturen in
Stall und Haus auch als
Brennholz. Die Forstware
Schottmüller uno (An-
wärter) sehr in Rotenfels
und Anjem in Michelbach
zeigen das Holz. 33.349

Druck G. Braun, Karlsruhe.